

GEMEINDE ST. BERNHARD-FRAUENHOFEN



3580 St. Bernhard 56, Bezirk Horn, NÖ
Tel.: 02982/28 82, FAX: 02982/28 82 – 5
e-mail: gemeinde@st-bernhard-frauenhofen.gv.at
www.stbernhardfrauenhofen.at



Herrn
Gerald Hofbauer

St. Bernhard, 3.4.2018

Betreff: Ihr E-Mail bez. Landtagswahl-Streichungen aus Wählerregister [#1385]

Sehr geehrter Herr Hofbauer!

Sie haben mit Schreiben vom 16. März 2018 per E-Mail gemäß § 2 NÖ Auskunftsgesetz einen Antrag auf Auskunftserteilung zu diversen Fragen gestellt.

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass in Ihrer Anfrage Begriffe verwendet werden, die in den Bestimmungen der NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO) nicht vorkommen bzw. die auch keine Grundlage in anderen für die gegenständliche Sache entscheidungsrelevanten Gesetzen finden. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes versuchen wir dennoch, möglichst vollständig auf Ihre Fragen einzugehen.

Da sich Ihre Anfrage auf das Wählerverzeichnis und die damit verbundenen Berichtigungsanträge bezieht, wird bereits vorweg auf die hierfür maßgeblichen Bestimmungen der §§ 23 – 34 LWO verwiesen. Da diese Bestimmungen über das Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) frei zugänglich sind, wird von einer Wiedergabe dieser Bestimmungen in der Anfragebeantwortung abgesehen. Das Wählerverzeichnis zur NÖ Landtagswahl 2018 wurde unter Zugrundelegung des Stichtages von unserer Gemeinde ab 1. Dezember 2017 zur Einsicht aufgelegt. Bis zum 10. Dezember 2017 konnte jeder Staatsbürger gegen das Wählerverzeichnis einen Berichtigungsantrag einbringen. Die Entscheidung darüber oblag der Gemeindevahlbehörde. Dagegen konnte bei der Gemeinde eine Beschwerde eingebracht werden, über die das NÖ Landesverwaltungsgericht zu entscheiden hatte.

Ihren Hinweis auf die Pflicht zur raschen Erledigung möchten wir vollständigkeithalber insofern ergänzen, dass die betroffenen Organe des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der durch die Landesgesetzgebung zur regelnden Selbstverwaltung gemäß § 4 Abs. 2 NÖ Auskunftsgesetz angehalten sind, den Verwaltungsaufwand für die Erteilung der Auskunft möglichst gering zu halten. Es darf hier auf die durchgängige Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes zu ähnlich gelagerten Auskunftsgesetzen der Länder und des Auskunftspflichtgesetzes des Bundes verwiesen werden, wonach die betroffenen Organe zu keinen umfangreichen Ausarbeitungen angehalten sind, sondern die Information vielmehr kurz und einfach zu erteilen ist (VwGH v. 28.2.2005, 2005/10/0008 u.a).

Zu den Fragen 1, 4, 5 und 6:

In unserer Gemeinde wurden keine Personen aus dem Wählerverzeichnis gestrichen. Es langten keine Berichtigungsanträge gemäß § 28 LWO ein.

Die Gemeinden sind bei der Auflage und Berichtigung des Wählerverzeichnisses an die Vorgaben der LWO gebunden. Eine Kontaktaufnahme mit im Wählerverzeichnis befindlichen Personen hat nach den Vorgaben des § 29 ff LWO zu erfolgen. Über einen Berichtigungsantrag hat nicht die Gemeinde, sondern die Gemeindewahlbehörde zu entscheiden, wobei die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde dem Betroffenen mitzuteilen ist (§ 30 LWO). Die allfällige Beurteilung des ordentlichen Wohnsitzes erfolgte nach Maßgabe des § 24 LWO.

Bezüglich der Information der Betroffenen in Ihrer Frage 5 wird nochmals auf die Regelungen des §§ 29 und 30 LWO verwiesen. Danach ist jede zur Streichung beantragte Person über den Berichtigungsantrag und in weiterer Folge über die Entscheidung über den Berichtigungsantrag zu verständigen. Diese Vorgaben wurden und werden von der Gemeinde im Falle von Berichtigungsanträgen selbstverständlich eingehalten.

Zur Frage 2 und 3:

Die Frage der Wahlberechtigung ist für die NÖ Landtagswahl in § 21 LWO geregelt. Die NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO) kennt den von Ihnen verwendeten Begriff des „Nebenwohnsitzes“ nicht, vielmehr haben sich die Gemeinden bei der Beurteilung der Wahlberechtigung im Zusammenhang mit den Eintragungen in das Wählerverzeichnis ausdrücklich und alleine am Begriff des ordentlichen Wohnsitzes im Sinne der §§ 21 und 24 LWO zu orientieren. Gemäß diesen Bestimmungen ist es nicht Aufgabe der Gemeinde bei der Auflage des Wählerverzeichnisses nach anderen Wohnsitzqualitäten zu differenzieren. Insofern ist im Wählerverzeichnis eine Differenzierung zwischen verschiedenen Wohnsitzqualitäten auch nicht ersichtlich. Das Wählerverzeichnis hat bei der Auflage lediglich die fortlaufende Zahl, Haus/Türnummer, Name und das Geburtsjahr zu beinhalten. Diesbezüglich wird auf die entsprechende Anlage 1 der LWO verwiesen. Die danach endgültig wahlberechtigten Personen jeder Gemeinde können für den gesamten Bereich von Niederösterreich auf der Homepage des Landes Niederösterreich zur Landtagswahl 2018 unter <http://www.noel.gv.at/wahlen/L20181/Index.html?area=g> abgerufen werden.

Wir hoffen, mit unserem Schreiben Ihre Fragen beantwortet zu haben und stellen Ihnen für diese Auskunft mit beiliegender Rechnung gemäß § 14 TP 6 Z 1 Gebührengesetz eine Gebühr in der Höhe von € 14,30 in Rechnung.

Mit freundlichen Grüßen
Der Bürgermeister:



Josef Gundinger



Beilage:
Rechnung

GEMEINDE ST. BERNHARD-FRAUENHOFEN



3580 St. Bernhard 56, Bezirk Horn, NÖ
Tel.: 02982/2882, FAX: 02982/2882-5
e-mail: gemeinde.stbernhard@wvnet.at
www.stbernhardfrauenhofen.at



St. Bernhard, 3. April 2018

Herrn
Gerald Hofbauer



RECHNUNG Nr. 129/2018

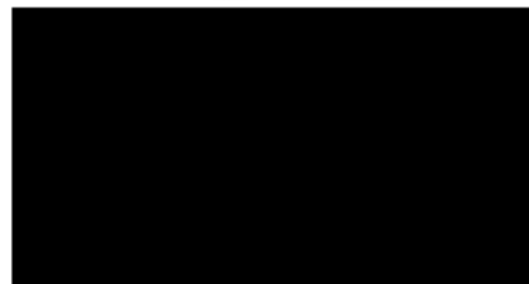
Wir stellen Ihnen für die Auskunft nach § 2 NÖ Auskunftsgesetz bez. Ihrer per Mail übermittelten Anfrage vom 16. März 2018 betreffend Landtagswahl-Streichungen aus Wählerregister gemäß § 14 TP 6 Z 1 Gebührengesetz eine Eingabegebühr

in der Höhe von € 14,30

in Rechnung.

Wir ersuchen um Überweisung des Betrages bis 20. April 2018.

Mit freundlichen Grüßen
Der Bürgermeister:



Josef Gundinger



Beilage:
Zahlschein

Bankverbindung: 3.807.229 Raiffeisenbank Region Waldviertel Mitte BLZ 32.990
IBAN: AT113299000003807229, BIC: RLNWATWWZWE oder
0000-0095786 Sparkasse Horn BLZ 20.221
IBAN: AT462022100000095786, BIC: SPHNAT21XXX
UID-Nr.: ATU 16234803.